

Abgastricks schädigen Fiskus

Studie stellt Milliardenverlust fest

Brüssel/Berlin. Die Abgastricks der Autohersteller reißen nach einer Studie im Auftrag der Grünen in ganz Europa Milliardenlöcher in die Steuerkassen. Allein in Deutschland sind dem Fiskus demnach im Jahr 2016 knapp 1,2 Milliarden Euro an Kfz-Steureinnahmen entgangen, weil Autos auf Basis falscher CO₂-Werte besteuert wurden, wie aus einer am Sonnabend veröffentlichten Studie im Auftrag der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament hervorgeht.

Danach hätten 2016 elf EU-Staaten knapp 11,3 Milliarden Euro verloren. Zwischen den Jahren 2010 und 2016 beliefen sich die Steuerausfälle der Studie zufolge auf insgesamt gut 46 Milliarden Euro, davon entfielen gut vier Milliarden Euro auf Deutschland. Die Kfz-Steuer richtet sich in Ländern wie Deutschland auch nach dem Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂). Weil Abgaswerte häufig zu niedrig angegeben waren, sind dem Staat der Studie zufolge Milliarden entgangen. Zuvor hatte die „Süddeutsche Zeitung“ darüber berichtet.

„Der Abgasskandal entpuppt sich als veritabler Steuersumpf“, sagte der finanzpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Europaparlament, Sven Giegold. Der Betrug der Autohersteller schade nicht nur Gesundheit und Umwelt, sondern auch den öffentlichen Finanzen. Die Rechnung für den Steuerschaden zahlten Bürger, die verbrauchsarme oder gar keine Autos fahren. Fahrer von Fahrzeugen mit hohem Kraftstoffverbrauch hingegen profitierten besonders von der falschen Besteuerung. Von September 2018 an gelten in der EU neue Abgastests. Dabei werden Fahrzeuge auch unter realen Straßenbedingungen getestet. Giegold sagte, „wir brauchen Abgastests, die realistische CO₂-Werte liefern“. Eine Kraftfahrzeugsteuer auf Grundlage von geschönten Daten setze keine Anreize für den Übergang zu saubereren Autos und bremse Investitionen in bessere Luftqualität. Die bisherigen Reformen der Messverfahren griffen zu kurz. Allein der gemessene Wert auf der Straße zähle.

Die Studie konzentriert sich den Angaben zufolge auf die Auswirkungen auf Steuereinnahmen in Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien, Schweden und Großbritannien. Auf diese Länder entfielen mehr als 60 Prozent der gesamten Pkw-Zulassungen aller EU-Staaten.